

Klare Regeln für Konzerne. Weltweit.

PUBLIC EYE AWARDS Medienkonferenz; Davos, 27. Januar, 2012

Von François Meienberg, Erklärung von Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Seit 13 Jahren sind wir hier in Davos mit einer Gegenveranstaltung präsent und zum achten Mal vergeben wir die Public Eye Awards für Unternehmen welche Menschenrechte mit Füßen treten und die Umwelt zerstören. Warum machen wir das? Wäre es nicht angebracht in dieser Zeit voller Hiobsbotschaften, etwas konstruktiver zu sein und die guten Unternehmen zu loben statt die bösen zu tadeln?

Nein.

Erstens loben sich die Firmen selber bereits genug – und dies mit einem weitaus grösseren Budget als wir es je haben werden und zweitens hören wir jedes Jahr bereits vom World Economic Forum wie die Welt gerettet werden müsste. Aber es gibt unzählige Menschenrechtsverletzungen und Schandtaten gegen die Umwelt welche in der Infoflut untergehen. Immer wieder sind es auch Verbrechen in den Ländern des Südens, begangen durch Firmen des Nordens, die hier unbekannt bleiben während die Firmen mit Informationskampagnen ihr sauberes Image aufpolieren. Und genau dies möchten wir ändern. Wir möchten die Welt der Werbeslogans und grünen Mäntelchen mit der Realität konfrontieren; den Opfern eine Stimme geben, ihnen Gehör verschaffen. Es ist durchaus unser Ziel, dass mit den Awards das Image verantwortungsloser Firmen ein paar Kratzer bekommt. Es muss in den Chefetagen noch viel besser bekannt werden, dass man A: Menschenrechtsverletzungen nicht verheimlichen kann und dass B: diese schlussendlich auch das Geschäft ruinieren werden.

Aber wir verfolgen mit den Public Eye Awards auch ein längerfristiges Ziel. All die Nominierungen, die wir jährlich publizieren, zeigen einen eklatanten Mangel an Rechtstaatlichkeit. Sie sind ein Aufschrei gegen ein System, in welchem Menschenrechtsverbrecher und Umweltschänder sich vor keiner Strafe fürchten müssen. Während die Wirtschaft spielend leicht tagtäglich global agiert, ist der Rechtsstaat ein weitgehend nationales Phänomen geblieben. Hier besteht eine enorme Regulierungslücke. Dies muss geändert werden.

Mit diesem Ziel haben die Erklärung von Bern, Greenpeace und 50 andere Nichtregierungsorganisationen der Schweiz, von Amnesty bis zum WWF, Gewerkschaften, ethische Investoren, sowie Ärzte- und Juristenorganisationen im letzten November die Kampagne „Recht ohne Grenzen“ ins Leben gerufen. Analog unserem Pendant auf EU-Ebene, der European Coalition for Corporate Justice, sind wir der Meinung, dass *Corporate Social Responsibility* nicht ausreicht. Was es braucht ist Corporate Accountability. Die Konzerne müssen an die Leine genommen werden.

Die Forderungen der Koalition sind schlicht aber tiefgreifend:

Es braucht gesetzliche Grundlagen,

- damit Schweizer Konzerne - für Ihre Tätigkeiten, ihre Tochterfirmen und Zulieferer - vorsorglich Massnahmen (Sorgfaltspflicht) treffen müssen, um hier und anderswo Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen zu verhindern;
- damit Menschen, die durch die Tätigkeiten von Schweizer Konzernen, ihren Tochterfirmen und Zulieferern Schaden erleiden, hier Klage einreichen und Wiedergutmachung verlangen können

Beides ist bis heute kaum der Fall. Und dieses Manko ist der Boden auf welchem die Ungerechtigkeit wuchert. Natürlich braucht es diese Regeln nicht nur in der Schweiz – aber hier sind sie – in Anbetracht der immer grösser werdenden Dichte von transnationalen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz – besonders wichtig. Ob Glencore im Kongo, Trafigura in der Elfenbeinküste, Syngenta in Burkina Faso oder Triumph in Thailand: Immer wieder kommen Schweizer Konzerne mit Menschenrechten und Umweltstandards in Konflikt. Seien es Firmen der boomenden Rohstoffdrehseibe Schweiz oder der angeschlossene Bankenplatz, die Vergehen sind allgegenwärtig – Gesetzesänderungen, mit welchen Firmen zur Rechenschaft gezogen werden können sind deshalb dringender denn je.